

THURGAUER FREISINN

Wir machen den Thurgau stark!

22. Oktober
Liste 9



Auf den Spielgeräten der Politik: Die FDP-Grossratsfraktion hat Spass an der Politik, auch wenn die Themen manchmal bedrückend sind.

Geschätzte Freisinnige

Krisen erschüttern derzeit die Welt. Auch die Schweiz muss erfahren, wie verletzlich unser Land ist. Weder Freiheit, Wohlstand noch ausreichend Energie sind eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig gilt es, zahlreiche Reformen anzupacken, um die Schweiz finanzpolitisch wieder auf Kurs zu bringen.

Angesichts dieser Herausforderungen ist es verständlich, dass manche noch immer lieber über das Gendern, die Lärmschutzverordnungen oder die

Höhen von Hecken diskutieren. Dringend gefordert ist eine Änderung der Prioritäten. Die Schweiz braucht mehr Realitätssinn statt Wunschdenken. Nur mit unseren liberalen Lösungen bleibt die Schweiz stark! Und nur so werden auch unsere Enkelkinder noch in Freiheit und Wohlstand leben können.

Unsere Kandidierenden für den National- und Ständerat stehen für Freiheit, Selbstbestimmung und eine unternehmerfreundliche Wirtschaft. Das Credo lautet: Privat vor Staat, Freiheit vor Gleichmacherei, Erwirtschaften vor Verteilen. Damit sich

unsere Kandidierenden an vorderster Front gegen immer mehr Bevormundung, steigende Bürokratie und einen aufblühenden Staat einsetzen können, brauchen sie am 22. Oktober 2023 unser aller Unterstützung.

Die FDP Thurgau zählt auf Sie. Jede einzelne Stimme ist wichtig und kann entscheidend sein. Mit einer breiten Mobilisierung bringen wir die FDP Thurgau gemeinsam zurück nach Bern und machen wir die Schweiz stark!

Gabriel Macedo, Parteipräsident

Inhalt

- 3–9 Thurgauer Freisinn
- 10/11 Bereit für den Wahlkampf
- 12/13 Für eine harte, aber faire Migrationspolitik
- 14/15 So machen Freisinnige die Schweiz stark
- 16/17 20 Jahre Schuldenbremse
- 18/19 1000 Freisinnige am Tag der FDP in Fribourg
- 20/21 Europas Niedergang bedroht uns
- 22 Ausblick auf die Herbstsession
- 23 Vermischtes



**Wer liberale Lösungen will,
wählt FDP**

Gemeinsam machen wir die Schweiz stark

Liebe Freisinnige

Wir gehen mit vereinter und geballter Kraft in die Wahlen! Die freisinnige Politik bildet die Festung gegen linke Umverteilung, grüne Verbote, konservative Bewegungslosigkeit und rechtsnationale Abschottung. Das Erfolgsmodell Schweiz steht im In- und Ausland unter Druck. Links-grüne Parteien wollen unsere Unternehmen kaputtregulieren und stehen dem technologischen Fortschritt im Weg. Konservativen mangelt es an Mut und Weitsicht, um die notwendigen Reformen anzupacken. Wir halten dagegen und erarbeiten Lösungen, damit die Schweizerinnen und Schweizer auch morgen in Wohlstand und Freiheit leben können.

Start in die heisse Phase des Wahlkampfs

Am Tag der FDP vom 2. September starteten wir fulminant in die heisse Phase des Wahlkampfs. Im Kreise der freisinnigen Familie machten wir uns auf eine Reise durch die Geschichte der liberalen Kräfte in der Schweiz. Seit 1848 trägt die FDP in allen Institutionen Verantwortung; seit 175 Jahren gestaltet der Freisinn unsere Willensnation wie keine andere Kraft mit. Wir verbinden seit jeher Fortschritt mit Geschichte und Tradition. Wir stehen für Stabilität, Verlässlichkeit und Rechtssicherheit.

Anpacken und die Schweiz stark machen

Der Wohlstand für die Menschen in der Schweiz fällt nicht vom Himmel, sondern muss tagtäglich

erarbeitet werden. Dafür kämpfen wir! Wir kämpfen für eine starke und innovative Wirtschaft, für gesicherte Sozialwerke sowie Sicherheit und Versorgungssicherheit für alle. Wir gehen die Herausforderungen unserer Zeit mit Mut und Zuversicht an, um die Zukunft aktiv zu gestalten. Die Krisen der letzten Jahre zwingen uns zu mehr Realitätsinn; sie haben gezeigt, dass Freiheit, Gemeinsinn und Wohlstand keine Selbstverständlichkeit sind.

Sie und ich – wir alle werden an den kommenden Podiumsdiskussionen, Interviews und Standaktionen den Menschen im ganzen Land unsere liberalen Lösungswege aufzeigen, darüber diskutieren und debattieren. Wer den Wohlstand in unserem Land erhalten will, wählt FDP. Wem eine sichere und zukunftsfähige Altersvorsorge wichtig ist, wählt FDP. Wer eine sichere, international vernetzte Schweiz und jederzeit genug und bezahlbaren Strom will, der wählt FDP!

Menschen, die anpacken, machen die Schweiz stark.

Machen wir gemeinsam die Schweiz stark!

Ihr Thierry Burkart

Präsident FDP.Die Liberalen Schweiz



Gemeinsam bringen wir den Thurgau vorwärts

Was sagen unsere Kandidierenden zu Themen, welche die Schweiz bewegen?

Die Kandidierenden der Liste 9 äussern sich zu verschiedenen Themengebieten und verdeutlichen dabei einmal mehr: Unsere Kandidierenden stehen für Weltoffenheit, Selbstbestimmung, Wettbewerb und Vorankommen durch eigene Leistung. Sie wehren sich gegen Bevormundung, Bürokratie und erstarrte Strukturen.



Hansjörg Brunner – 9.1.

Hansjörg Brunner, Wallenwil; alt Nationalrat, Präsident Thurgauer Gewerbeverband, Vorstandsmitglied Schweizerischer Gewerbeverband, Präsident Wirtschaftsportal Ost, Unternehmer, Inhaber Fairdruck AG, geboren 23. November 1966, verheiratet, 2 Kinder

Die überbordende Bürokratie ist eines der Hauptprobleme für die Wirtschaft. Wo muss der Hebel angesetzt werden?

Über 70 Milliarden Franken, zehn Prozent des BIP, «verbrennen» wir auf dem heiligen Opferaltar der Bürokratie. Das immer enger geschnürte Korsett an Gesetzen, Regulierungen, Gebührenordnungen und Vorschriften verursacht einen Riesenschaden, löst bei Industrieunternehmen und KMU gleichermassen Wut und Ärger aus und belastet das Wohlergehen unserer Bevölkerung massiv. Schon vor Jahren sagte der ehemalige Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes Jean-François Rime, dass der Abbau von unnötigen Regulierungskosten ein eigentliches Wachstumsprogramm aus eigener Kraft und viel wirksamer als jedes staatliche Konjunkturprogramm ist. Um den Regulierungswahnsinn zu stoppen, braucht es im Bundesparlament praxiserfahrene und durchsetzungsfähige Unternehmerpersönlichkeiten.

Was bringt unser duales Bildungssystem im Hinblick auf den Fachkräftemangel?

Selbstverständlich ist eine Berufslehre eine gute Antwort auf den Fachkräftemangel. Das hohe Qualitätsniveau lässt dank Berufsmaturität und vielfältigen Weiterbildungsmöglichkeiten alle Wege offen und bietet einen direkten Zugang zum Arbeitsmarkt. An der Berufsmesse des Thurgauer Gewerbeverbandes kann sich unsere Jugend ein Bild über das vielfältige und attraktive Angebot verschaffen. Der Thurgau ist ein Berufsbildungskanton, denn über 70 Prozent aller Schulabgängerinnen und Schulabgänger starten ihre Berufskarriere mit einer Lehre. Das freut mich sehr und auch, dass wir jetzt dann mit dem Berufsbildungscampus in Sulgen zusätzlich einen einzigartigen Leuchtturm der Berufsbildung mit Strahlkraft weit über die Kantonsgrenzen hinaus erhalten.



Kris Vietze – 9.2.

Kris Vietze, Frauenfeld; Kantonsrätin, Präsidentin Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission, Vizepräsidentin IHK TG, Dipl. Wirtschaftsprüferin, Mitinhaberin Baumer Group, Präsidentin Verein Schloss Herdern, geboren 27. Mai 1968, verheiratet, 2 Kinder

Machst du als FDPlerin Politik für die Wirtschaft und nicht für die Bevölkerung?

Wirtschaft und Gesellschaft sind zwei Hälften eines Ganzen. Die Löhne, Investitionen und Steuermittel, die unsere Gesellschaft am Laufen halten, werden in der Wirtschaft generiert. Alles, was wir zum Leben brauchen – Nahrungsmittel, Medikamente, Waren, Dienstleistungen – entsteht durch das Wirtschaften in der Gesellschaft. Wirtschaft ist also nicht Selbstzweck, sondern der Motor der Gesellschaft. Sie schafft unsere Lebensgrundlagen und sorgt für Lebensqualität. Mit dem Fokus aufs gesellschaftliche (Er-)Wirtschaften in allen seinen Dimensionen – Jobs, Altersvorsorge, Bildung, Umwelt, Klima – mache ich eine Politik, die der Bevölkerung wirklich etwas bringt: Freiheit durch Sicherheit in den Lebensgrundlagen und der Lebensqualität.

Und was bedeutet das für den Thurgau?

Wir im Thurgau sind abhängig von den Rahmenbedingungen, die im Parlament in Bern entworfen werden. Dort sind zu viele am Ruder, die unser Land aus ideologischen oder eigennützigen Motiven in die falsche Richtung steuern. Ich will, dass unsere Thurgauerinnen und Thurgauer ein gutes Leben führen können. Deswegen nehme ich meine Verantwortung wahr und biete unseren Bürgerinnen und Bürgern für Ständerat und Nationalrat eine echte Wahl. Als Unternehmerin und Frau, die mitten im Leben steht, bin ich eine Brückenbauerin mit klarem Sinn fürs Machbare – und völlig unabhängig. Das braucht unser Land in dieser Zeit der Krisen.



Gabriel Macedo – 9.3.

Gabriel Macedo, Amriswil; Kantonsrat, Präsident FDP.Die Liberalen Thurgau, Stadtpräsident Amriswil, geboren 26. Mai 1989, verheiratet

Wie könnten wir unsere Altersvorsorge nachhaltig sichern?

Das System steht aufgrund des demografischen Wandels vor grossen Herausforderungen. Ich sehe für eine nachhaltige Sicherung unserer Altersvorsorge insbesondere drei wichtige Massnahmen. Erstens braucht es eine Erhöhung des Rentenalters auf 66 und schrittweise Anpassung an die Lebenserwartung. Zweitens erachte ich die Abschaffung des Koordinationsabzugs in der beruflichen Vorsorge zwecks Verbesserung der Vorsorge von Teilzeiterwerbstätigen, insbesondere Frauen, als sehr wichtig. Und drittens könnten einheitliche Beitragssätze für alle Generationen helfen, die Arbeitsmarktchancen älterer Arbeitnehmender zu verbessern.

Wo siehst du Möglichkeiten, die steigenden Krankenkassenprämien einzudämmen?

Um die steigenden Krankenkassenprämien einzudämmen, müssen einerseits der Wettbewerb im Gesundheitswesen gestärkt sowie andererseits die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität stabilisiert bzw. gesenkt werden. Um den Wettbewerb zu stärken, braucht es bei Medikamenten und medizinischen Produkten eine Erleichterung von Parallelimporten. Eine Lockerung des Territorialitätsprinzips in Grenzgebieten ermöglicht den Wettbewerb zwischen Leistungserbringern. Um die Gesundheitskosten zu stabilisieren bzw. zu reduzieren, braucht es eine Konzentration von teuren und hochspezialisierten Angeboten, um mittels ausreichender Fallzahlen und hoher Qualität effektivere und insgesamt kostengünstigere Lösungen zu erreichen. Zudem müssen Fehlanreize bei den Vertriebsmargen für Abgabe von Medikamenten beseitigt werden. Eine Ärztin oder ein Apotheker, die ein teureres Produkt abgeben, dürfen dadurch nicht mehr verdienen.



Michèle Strähl – 9.4.

Michèle Strähl, Weinfelden; Kantonsrätin, Präsidentin FDP Weinfelden, Mitglied des Stadtparlaments Weinfelden, Rechtsanwältin/Partnerin bei Bürgi Hotz Zellweger Rechtsanwälte, Mediatorin SAV, Stiftungsratsmitglied Stiftung Hofacker, geboren 27. November 1980, verheiratet, 2 Kinder

Freiheit versus Sicherheit: Geht das eine ohne das andere?

Nein. Freiheit haben wir nur, wenn wir uns in Sicherheit wähen. Das betrifft alle Bereiche der Sicherheit, so z. B. die soziale Sicherheit oder die innere Sicherheit. Sicherheit steht aber immer im Spannungsverhältnis zur Freiheit. Eine umfassende Sicherheit wäre unbezahlbar und würde den Wettbewerb sowie unsere Freiheitsrechte massiv einschränken. Wenn wir eine absolute soziale Sicherheit hätten, würde die Motivation zur Ausübung einer Arbeitstätigkeit massiv abnehmen. Oder als Extrembeispiel: Wir könnten mit einer Totalüberwachung der Gesellschaft die innere Sicherheit massiv erhöhen, kaum einer würde sich aber noch frei fühlen.

Es gibt Forderungen nach strengeren Gesetzen und mehr Regulierungen, um z. B. die innere Sicherheit zu erhöhen. Ist das notwendig?

Ein Blick auf andere Länder (z. B. die USA) zeigt: Höhere Strafandrohungen haben keinen Einfluss auf die Anzahl der Straftaten. Vielmehr müssen wir dafür sorgen, dass eine rasche Strafverfolgung gewährleistet wird. An Letzterem mangelt es: Die Staatsanwaltschaften sind überlastet. Wir müssen uns deshalb auf den Sinn und Zweck des Strafrechts zurückbesinnen und den Justizapparat entlasten: Nicht jegliches nicht regelkonformes Verhalten ist zu kriminalisieren, sondern nur massiv schädigendes Verhalten. Die Tendenz zeigt leider in eine andere Richtung: Im Kanton Thurgau soll z. B. das Biken auf Waldpfaden neu unter Strafe gestellt werden. Wieder eine neue Regulierung, welche den staatlichen Organen die Zeit nimmt, um sich den schweren Fällen zu widmen. Solche zusätzlichen Regulierungen erhöhen die innere Sicherheit nicht, sondern gefährden sie vielmehr.



Philipp Gemperle – 9.5.

Philipp Gemperle, Romanshorn; Präsident FDP.Die Liberalen Bezirk Arbon, Vizestadtpräsident Romanshorn, Kommunikationsberater und Mitglied Geschäftsleitung «Die Botschafter Kommunikationsagentur», geboren 14. Juni 1985, verheiratet, 4 Kinder

Die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU ist komplex. Was muss deiner Meinung nach die Schweiz in diesem Dossier tun?

Die EU ist unser wichtigster Handelspartner. Sie ist extrem bedeutend für unsere Wirtschaft und damit für unsere Bevölkerung. Ein EU-Beitritt kommt für mich nicht in Frage, der bilaterale Weg ist die beste aller Lösungen für die Schweiz. Er garantiert Zugang zum Binnenmarkt, schafft Rechtssicherheit, stärkt die Wettbewerbsfähigkeit und sichert Arbeitsplätze und Wohlstand. Es ist keine Option, jetzt einfach abzuwarten und das laufende Geplänkel weiterzuführen. Wir müssen sofort konkret verhandeln, unsere Verhandlungsposition hart vertreten, aber es wird auch Konzessionen brauchen. Jedenfalls muss nun auch das Parlament einbezogen werden.

Wieso ist das für den Thurgau besonders wichtig?

Als Grenzkanton sind unsere Beziehungen mit der EU, insbesondere mit Deutschland und Österreich, noch viel ausgeprägter. Es hat auch viele emotionale Aspekte, weil wir die Menschen ennet der Grenze kennen.

Du referierst dazu am 20. September 2023 in Kesswil und tauschst dich mit alt Nationalrat Hermann Hess und Andrea Roth, CEO der Firma Geobrug, aus. Was können wir vom Anlass erwarten?

Ich möchte in meinem Referat Verständnis für die Zusammenhänge schaffen und einfach erklären, was die Ausgangslage ist, und ein Vorgehen aufzeigen. Hermann Hess und Andrea Roth bringen ihre reichhaltigen Erfahrungen mit der EU ein.



Thomas Leu – 9.6.

Thomas Leu, Mannenbach-Salenstein; Präsident HEV Region Kreuzlingen, Vorstandsmitglied HEV Thurgau, Rechtsanwalt/Partner Hasler Leu Casanova Rechtsanwälte, Präsident Männerchor Harmonie Kreuzlingen, geboren 7. September 1977, verheiratet, 1 Kind

Werden wir im kommenden Winter genügend Strom haben?

Die Situation ist auch im kommenden Winter anspruchsvoll. Selber in der Hand haben wir einzig unsere Anstrengungen beim Stromsparen, nur hier können wir unmittelbar Einfluss nehmen. Die Produktionsseite ist träge. Aktuell sind wir im Winter auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen. Ich vertraue auf die gute Arbeit der Verantwortlichen, die schon im letzten Winter bewiesen haben, dass eine sichere Energieversorgung im Winter möglich ist. Ich appelliere an die Bevölkerung, das Thema ernst zu nehmen. Dazu gehören eigene Anstrengungen beim Energiesparen, genauso wie der Gang zur Urne, wo es gilt, die richtigen Leute zu wählen, die der Energiewende zum Durchbruch verhelfen wollen. Ich bin bereit, diese Herausforderung anzunehmen!

Du bist Verwaltungsrat einer Tochtergesellschaft der EKT Holding AG zur Erbringung von Energie- und Netzdienstleistungen. Was braucht es, damit die Energiewende gelingt?

Wir müssen das Thema ganzheitlich in Angriff nehmen und neu denken. Technologieverbote oder eine einseitige Konzentration auf bestimmte Verfahren hindern die Entwicklung. Wir müssen schauen, welche Produktionsanlagen in der Schweiz umsetzbar und gewünscht sind. Zudem muss das Netz für die Verteilung der produzierten Energie liberalisiert werden. Hierzu braucht es gesetzliche Anpassungen, die immer noch blockiert werden. Als Nationalrat werde ich mich konsequent für eine bestmögliche Energiesicherheit einsetzen. Abhängigkeiten vom Ausland, einzelne Technologien oder Anlagen sind zu vermeiden. Wir haben es in der Hand, unsere Versorgungssicherheit neu aufzubauen, gerne setze ich mich dafür ein.

Unsere Ständeratskandidatin



Kris Vietze

Welche Thurgauer Herausforderungen nimmst du mit, um sie im Stöckli zu lösen?

Unser Thurgau wird in Bern nicht gehört. Unsere Anliegen als ländlicher Grenzkanton, der Tradition und Zukunft verbindet, müssen viel mehr berücksichtigt werden. Dazu gehören auch Standortfragen für nationale Bildungsangebote oder die ewige Baustelle BTS. Es kann nicht sein, dass die Schweiz in ein paar grossen Zentren oder gar in der Verwaltung allein gestaltet wird, die uns dann vorgeben, wie wir zu leben haben – und wir dafür auch noch die Rechnung bezahlen müssen.

Liebe Freisinnige

Das Thurgauer liberale Original braucht es zwingend im nationalen Parlament. Unsere Ständeratskandidierende und unsere Nationalkandidierenden der Liste 9 haben allesamt das Potenzial, um in Bern lösungsorientiert, ohne Poltern und Angstmacherei, die Herausforderungen anzugehen und den Thurgau vorwärts zu bringen.

Unser liberales Feuer brennt lichterloh. Deshalb, liebe Freisinnige, der dringende Appell an Sie: Gehen Sie am 22. Oktober unbedingt wählen und mobilisieren Sie Ihr Umfeld.

Legen Sie die Liste 9 unverändert in die Urne und wählen Sie auch unsere Ständeratskandidatin Kris Vietze, indem Sie ihren Namen auf den Ständeratswahlzettel schreiben. Für Ihre Unterstützung danken wir Ihnen herzlich.

Marie-Theres Brühwiler, Geschäftsführerin FDP.Die Liberalen Thurgau

Jungfreisinnige Nationalratskandidierende

Mehr Freiheit im Thurgau – Liste 6!



Enrique Castelar

Versicherungskaufmann; Präsident JFS TG; Steckborn

Warum braucht es dich in Bern?

Unsere derzeit grössten Herausforderungen resultieren aus einer toxischen Tinktur von demografischen, geopolitischen und strukturellen Defiziten. In unserer schnelllebigen Welt brauchen wir eine agile Politik, die ein maximales Mass an Freiheiten zulässt und sich für globale Kooperationen einsetzt.

Was willst du erreichen?

Der Kanton Thurgau soll in seiner Position als Knotenpunkt der Vierländerregion Bodensee und der Welt gestärkt werden. Hierfür benötigen wir eine zukunftsgerichtete Infrastrukturentwicklung (Stichwort BTS/OLS), eine bessere Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und die Erschliessung neuer Märkte. Gleichzeitig setze ich mich für die Stärkung der individuellen Freiheiten und der Eigenverantwortung unserer Bevölkerung ein. Jeder Mensch soll die Möglichkeit haben, sein Leben frei zu gestalten und Entscheidungen eigenständig zu treffen.

Was tust du dafür?

Ich setze mich auf nationaler Ebene dafür ein, dass politische Prozesse entschlackt und digitalisiert, neue internationale Märkte erschlossen und die Selbstbestimmung der Menschen gestärkt werden. So unterstütze ich bspw. die Einführung eines fakultativen Finanzreferendums gegen Ausgaben des Bundes sowie die Schaffung eines Freihandelsabkommens mit den USA, den Mercosur- und CPTPP-Staaten.

Dein Slogan?

«Global denken, lokal und selbstbestimmt handeln.»



Janis Basler

Student Rechtswissenschaften; Vizepräsident JFS TG; Münchwilten

Warum braucht es dich in Bern?

Mein dualer Bildungsweg – eine Lehre und später der bewusste Entscheid, einen akademischen Weg und eine Offizierslaufbahn einzuschlagen – zeigte mir, was es heisst, für Träume und Ziele entschieden zu kämpfen. Er schenkte mir auch den pragmatischen Sinn, der mich mit meiner Heimat verbindet, und den visionären Weitblick, durch den sich der Thurgau in Bern auszeichnen kann, um unsere Interessen lautstark zu vertreten.

Was willst du erreichen?

Mir ist es wichtig, die Interessen des Thurgaus mit starker Stimme zu vertreten, damit Gemeinden und Kantone so viel Handlungsspielraum wie möglich und so wenig Einschränkungen wie nötig haben – ganz im Sinne des Föderalismus. Mit Blick auf die Zukunft, liegt mir die nachhaltige und konsequente Sanierung der Altersvorsorge unter Einbezug aller Beteiligten am Herzen. Realisiert sehen möchte ich diese zwei Ziele schliesslich in einer in allen Bereichen sicheren Schweiz mit gut ausgerüsteter Armee und geschütztem Cyberraum.

Was tust du dafür?

Mit Leidenschaft und Elan begeistere ich andere für meine Ideen. Dabei bleibe ich authentisch und meinen liberalen Grundwerten treu, arbeite gerne auch im Team, um bestmögliche Lösungen für die Herausforderungen des Thurgaus und der Schweiz zu finden.

Dein Slogan?

«Basler für den Thurgau nach Bern!»



Joel Beck

Bankangestellter; Vorstand JFS TG und FDP Weinfelden; Weinfelden

Warum braucht es dich in Bern?

Ich setze mich ein für eine liberale Gesellschaft, Freiheit und Fortschritt in unserem schönen Land. Diese Werte sehe ich als Grundlage für Frieden und Wohlstand in der Zukunft. Gleichzeitig wenden wir uns in der Schweiz jedoch immer mehr von diesen Werten ab. Diese Entwicklung bereitet mir Sorgen.

Was willst du erreichen?

Ich möchte erreichen, dass auch junge Schweizerinnen und Schweizer in Bern eine gewichtige Stimme erhalten. Vor allem bei Themen wie der Altersvorsorge oder dem Klimawandel: zwei aktuelle Baustellen, die der Schweizer Bevölkerung nachweislich Sorgen bereiten. Hier vermisse ich manchmal eine langfristig ausgerichtete Politik. Das möchte ich ändern.

Was tust du dafür?

Ich setze mich ein für den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen und den Abbau von Handelshemmnissen. Gleichzeitig muss die AHV strukturell und langfristig reformiert werden. Dafür soll die Rentenerhöhung an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Der Klimawandel ist eine grosse Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Die Treibhausgas-Emissionen müssen durch Marktmechanismen gesteuert werden. Ich befürworte daher die Integration in den CO₂-Emissionshandelsmarkt der Europäischen Union auf der Grundlage des Pariser Abkommens.

Dein Slogan?

«Freiheit und Fortschritt.»

Jungfreisinnige Nationalratskandidierende

Mehr Freiheit im Thurgau – Liste 6!



Kaja Kocherhans

Maturandin; Vorstand JFS TG; Kreuzlingen



Leo Marti

Student HSG; Vorstand JFS TG; Müllheim



Rick Näf

Selbst. Berater; Vorstand JFS TG und FDP AachThurLand; Scharleiter Jungwacht/Blauring; Donzhausen

Warum braucht es dich in Bern?

Für junge Stimmen und frischen Wind in der Schweiz! Ich war schon immer eine Person, welche nicht nur mit dem Finger darauf gezeigt hat, was man besser machen könnte, sondern packe selbst mit an, um positive Veränderung zu verwirklichen. Deshalb gehöre ich nach Bern in den Nationalrat!

Was willst du erreichen?

Mir persönlich liegt es am Herzen, die Mobilität der Schweiz durch ein ausgeklügeltes Schienen- und Strassennetzwerk zu fördern; denn wer steht schon gerne am Morgen in einem überfüllten Zug und am Abend im Fiiröbig-Verkehr.

Zudem möchte ich die Chance der Innovation nutzen, damit die Schweiz und der Kanton Thurgau ganz weit vorne in der Digitalisierung mitspielen können.

Was tust du dafür?

Ich setze mich aktiv mit meinem Engagement dafür ein und motiviere andere, es ebenso zu tun. Denn noch nie war es so wichtig, sich mit der Politik zu beschäftigen, denn am Ende vom Tag sind wir selbst verantwortlich, was in 20, 30, aber auch 50 Jahren passiert.

Dein Slogan?

«Junge Stimmen, starke Politik!»

Warum braucht es dich in Bern?

Weil ich jung, engagiert und motiviert bin, mich für eine starke Schweiz einzusetzen. Da ich eine Lehre als Zimmermann abgeschlossen habe und jetzt Wirtschaft studiere, kann ich verschiedene Perspektiven einnehmen und somit mehrheitsfähige Motionen ausarbeiten.

Was willst du erreichen?

Mir ist wichtig, dass jeder und jede ein selbstbestimmtes Leben führen darf. Dafür braucht es zunehmend einen Fokus auf Chancengerechtigkeit: Wenn man will, soll man mit genügend Fleiss seine Ziele erreichen können.

Zweitens liegt mir am Herzen, dass die Schweiz nicht von ihrem Erfolgskurs abkommt. Dass wir einen derart hohen Lebensstandard geniessen dürfen, ist nicht selbstverständlich. Damit sich dies nicht ändert, braucht es eine liberale Gesetzgebung, welche weiterhin Innovation ermöglicht, Arbeit belohnt und Investitionen in Schweizer Unternehmen attraktiv macht.

Als dritten Punkt will ich betonen, dass der Klimawandel ein immenses Problem für die Menschheit hervorbringt. Es braucht globale Lösungen, welche lokal in allen Ländern umgesetzt werden.

Dein Slogan?

«KMU stärken, Wohlstand sichern.»

Kleine und mittelständische Unternehmen sind der Motor unserer Wirtschaft und somit direkt für den Wohlstand der Schweiz verantwortlich.

Warum braucht es dich in Bern?

Als zielorientierter und dynamischer Unternehmer will ich anpacken. Ich fühle mich bereit, den Thurgau in Bern zu vertreten und mich für nachhaltige und vernünftige Lösungen einzusetzen. Alles dem Grundsatz folgend: Eigenverantwortung vor staatlichen Eingriffen und Subventionen. Die Erfahrung aus meinen diversen ehrenamtlichen Engagements kann ich dafür gut einsetzen.

Was willst du erreichen?

Nachhaltige Vorsorge mit der Umsetzung der Renteninitiative, damit nächste Generationen auch noch eine vernünftige Vorsorge geniessen können. Ideologiefreie Energiepolitik, weg von fossilen Brennstoffen, Lösungen finden ohne Denkverbote: wie bestehende erneuerbare Energiequellen ausbauen, aber auch Atomkraft in Betracht ziehen!

Schlanker Staat: Seit der Corona-Pandemie sind der Geldflut alle Tore geöffnet. Hier ein paar Millionen, da mehrere Milliarden. Ich setze mich für Einsparungen ein, um die Steuerbelastung zu verringern.

Was tust du dafür?

Im Vorstand der Ortspartei AachThurLand der FDP und als Eventverantwortlicher im Vorstand der Jungfreisinnigen Thurgau vertrete ich meine Überzeugung der Liberalen Schweiz. Mit meinem Engagement in der Partei möchte ich Menschen bewegen, sich für unsere Überzeugung einzusetzen.

Dein Slogan?

«Vorsorge stärken, Zukunft sichern!»



Übergabe Petition

Schnellere Wege. Weniger Regulierung.

Vor einigen Monaten haben wir das Programm «Limit – die Bürokratiebremse» lanciert. Ziel war es, bürokratische Leerläufe und unnötige Regulierungen zu identifizieren. Bis Ende August 2023 sind über 100 Meldungen eingegangen. Die meisten betreffen Planungs- und Bauverfahren sowie Steuerfragen. Die fehlende Digitalisierung ganzer Prozesse und insbesondere Doppelspurigkeiten bei Daten sind ebenfalls ein grosses Ärgernis. Die Meldungen zeigen grundsätzlich, dass stark regulierte Verfahren und Bürokratie zu Frustration und Emotionen führen können. Die Forderungen haben wir der Regierung in Form einer Petition «Weniger Regulierung, schnellere Wege» eingereicht. **Dies mit klaren Aufforderungen, für Vereinfachungen in den Bewilligungsverfahren zu sorgen, mehr zu flexibilisieren statt zu bürokratisieren und Prozesse mit der kantonalen Verwaltung vollständig und medienbruchfrei digital zu lösen.**

Öffentlicher Anlass «Altersstruktur in Schieflage»?

Die Bevölkerungszahl wird nach einem weiteren Anstieg bald stagnieren. Auch werden seit 2019 in

der Schweiz mehr Menschen pensioniert, als Junge nachrücken. Der demografische Wandel greift tief und betrifft alle. Die Folgen davon sind weitreichend: Darüber waren sich Referenten und Podiumsteilnehmende an der gut besuchten Veranstaltung «(H)alt» im Berufsschulzentrum für Technik in Frauenfeld einig. Kantonsrätin Kris Vietze meinte dazu: «Flexibilität und Flexibilisierung sind die Schlüsselwörter dieser Zeit. Für die individuellen Lebensziele der Menschen heute braucht es auch flexible Arbeitgebende. Wirtschaft und Gesellschaft sind zwei Hälften eines Ganzen, es liegt also an uns allen, gemeinsam neue Wege zu beschreiten.» Gabriel Macedo machte klar: «Die Erhöhung des Rentenalters darf kein Tabu mehr sein und wir müssen diese schrittweise an die Lebenserwartung koppeln.» Enrique Castelar bemerkte: «Auch wenn das Bevölkerungswachstum nicht mehr lange anhält, müssen wir Rahmenbedingungen für kurze Bauprozesse schaffen sowie auf marktbasierende Lösungen setzen.» Fraktionspräsident Anders Stokholm zog nach den interessanten Expertenberichten von Hendrik Budliger und Jérôme Cosandey das **Fazit: «Leben anders planen.»**

«Sathure – Satirisches aus dem Grossen Rat»

Von Elsi zu Zoë

Wir Mitglieder des Grossen Rates haben alle eine gemeinsame schwierige Beziehung: zu Elsi. Elsi macht nicht immer, was wir wollen. Sie ist zudem schwierig strukturiert und folgt ihrer manchmal sehr eigenen Logik. Direkt findet man sie nie, wir müssen alle immer doppelt sichergehen, bis wir ihrer habhaft werden. Sie fragen sich nun, wer denn diese unmögliche Person ist. Und weshalb wir uns dies antun, ohne bei ihren Vorgesetzten vorstellig zu werden, damit sie diese zur Besserung bewegen können. So einfach ist das nicht. Elsi ist halt nicht irgendjemand, Elsi ist die «Elektronische Sitzungsvorbereitung für den Regierungsrat und den Grossen Rat».

Nun soll sie aufgefrischt werden, die Elsi. Das genügt uns Mitgliedern aber nicht wirklich. Wir sähen sie lieber gleich ausgetauscht. Und wie so oft muss dann die neue alles können, sozusagen die Eier legende Wollmilchsau sein. Bevor wir uns aber in kostentreibenden Wunschvorstellungen verlieren, beginnen wir doch einfach beim Namen. So schön Elsi auch klingen mag, wäre da Zoë nicht etwas moderner. Es könnte für Zukunft ohne Elektronikfrust stehen oder so ...

Anders Stokholm

Die FDP sicht- und spürbar

Aktive Mitglieder

Kandidierende, Ortsparteien und viele weitere engagierte Mitglieder der FDP. Die Liberalen Thurgau waren in den letzten Wochen sehr aktiv: So an vielen Neuzuzügeranlässen, den Gewerbeausstellungen in Münchwilen und Müllheim, mit den traditionellen Weggli-Aktionen am längsten Tag des Jahres, am slowup bei strömenden Regen, als Sie-

germannschaft beim Polit-Fussball-Golf-Turnier, am Supporterabend, bei öffentlichen «am Puls»-Veranstaltungen, bei «Auf-ein-Bier»-Anlässen im ganzen Kanton, auf zahlreichen parteiübergreifenden Podien und am Tag der FDP in Fribourg. Die Aktivitäten gehen in den nächsten Wochen weiter.



Vorstösse der letzten Wochen: Interpellation von **Cornelia Zecchin**, **Anders Stokholm** und weiteren «10-Millionen-Schweiz – wie bewältigen wir das?»; Motion u. a. eingereicht von **Gabriel Macedo** und **Anders Stokholm** «Gemeindeautonomie und das Milizsystem stärken»; Parlamentarische Initiative eingereicht von **Cornelia Zecchin** und **Martina Pfiffner Müller** «Anpassung Ruhetagsgesetz»; Einfache Anfrage eingereicht von **Viktor Gschwend** «Schulsozialarbeit an den Berufsfachschulen des Kantons Thurgau»; Interpellation u. a. eingereicht von **Martina Pfiffner Müller** «Aktueller Stand der Angebotsdatenbank Sozialnetz Thurgau?»; Antrag eingereicht von **Martina Pfiffner Müller**, **Kris Vietze** und weiteren «Hinter Winterhur...»; Einfache Anfrage eingereicht von **Martina Pfiffner Müller** «Totgeburt – Recht auf (Einzel-)Bestattung im Kanton Thurgau»; Motion u. a. eingereicht von **Bruno Lüscher** «Verbesserung der Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in der Sozialhilfe».



Anzeige


FLEISCHMANN
IMMOBILIEN



«Sie möchten Ihre Immobilie erfolgreich verkaufen? Gerne unterstützen wir Sie kompetent und professionell.»

Matthias Fleischmann, Francine Gaggioli, Peter Koch, Nicole Morgenstern, Andreas Uhlmann und Concetta Bollinger - die Liegenschaftsexperten in Ihrer Region.

Fleischmann Immobilien AG

Telefon 071 626 51 51 info@fleischmann.ch www.fleischmann.ch



FDP

Die Liberalen

FDP Die Liberalen Schweiz, Allmendgasse 20, 3011 Bern

Wir machen die Schweiz stark!

**Kraftwerke bauen.
Blackouts verhindern.**

Die Umsetzung der Energiestrategie 2050 ist gescheitert. Die Stromimporte aus dem Ausland entpuppten sich als links-grüne Illusion. Zudem blockieren Umweltverbände noch heute den Ausbau von Wasser-, Solar- und Windkraftwerken in der Schweiz und torpedieren den Weiterbetrieb der Kernkraftwerke. Diese Politik führt in den Blackout! **Wer mehr Strom will, wählt FDP.**

www.fdp.ch/strom

FDP

wählen!



Hol dir dein persönliches Video!

Jetzt für die FDP mobilisieren

Für die Schlussphase des Wahlkampfs hat die FDP ein innovatives Videoprojekt lanciert. Wer sich jetzt registriert, erhält nächste Woche von Parteipräsident Thierry Burkart ein persönliches Video.

In weniger als sechs Wochen finden die eidgenössischen Wahlen statt. Die FDP und ihre über 600 Kandidierenden in allen Kantonen kämpfen bis am 22. Oktober für mehr freisinnige Politik in Bundesbern, damit das Erfolgsmodell Schweiz auch in Zukunft Bestand hat. In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig. Jetzt gilt es, alle Parteimitglieder, freisinnig denkende und FDP-nahe Menschen in der Schweiz davon zu überzeugen, FDP zu wählen. Als Partei, die für Innovation und Technologieoffenheit steht, nutzt die FDP hierzu ein neues Instrument.

Thierry Burkart für dich

Registrierte dich jetzt, dann erhältst du nächste Woche ein persönliches Video von Parteipräsident Thierry Burkart. Sag uns, für welche Themen du dich interessierst, und Thierry Burkart erzählt dir, welche Lösungen die FDP bereithält. Thierry Burkart nennt dich nicht nur beim Namen und spricht über die Themen, die dir wichtig sind, son-

dern geht auch auf die spezifischen Verhältnisse in deinem Kanton ein. Gerade in den Ständeratswahlen winkt der FDP die Möglichkeit, stärkste Partei in der kleinen Kammer zu werden. Dafür treten eine Vielzahl engagierter Kandidierender an, die im personalisierten Video ebenfalls präsentiert werden. Ab sofort kannst du dein persönliches Video bestellen und es an deine Freunde, Bekannten und Familienmitglieder schicken, damit sie sich auch registrieren. Gemeinsam treten wir eine freisinnige Welle los, damit die FDP am 22. Oktober Wahlsiegerin wird.



QR-Code scannen
und persönliches
Video bestellen.

«In der heissen Phase des Wahlkampfs ist die Mobilisierung unglaublich wichtig.»



Medienkonferenz zur Migrationspolitik in Bern. Fotos: Jannik Kaiser



Für eine realistische Migrationspolitik

FDP-Lösungen für eine massvolle Zuwanderung mit Zukunft

Die FDP will eine harte, aber faire Migrationspolitik, die die humanitäre Tradition der Schweiz wahrt. Im August besuchte eine FDP-Delegation Chiasso, um sich vor Ort über die herausfordernde Situation zu informieren. Eine Woche später präsentierte die FDP an einer Medienkonferenz in Bern ihre Forderungen für eine realistische Migrationspolitik.

Die starke Zuwanderung beziehungsweise deren Auswirkungen auf Infrastrukturen, Wohnungsverfügbarkeit und Sicherheit beschäftigt und fordert nach Massnahmen. Eine massvolle Einwanderungspolitik und sichere Beziehungen zur Europäischen Union gehören zu den Prioritäten der FDP. Für die Bekämpfung des Arbeiterkräftemangels ist es wichtig, dass die Schweiz auch in Zukunft auf hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Ausland zählen kann. Die humanitäre Tradition ist ein wichtiger Pfeiler unseres Landes. Gleichzeitig muss das Asylwesen vor Missbräuchen geschützt werden, das heisst: bestehende Gesetzgebung konsequent vollziehen, Sozialtourismus bekämpfen, die Einwanderung aus Drittstaaten beschränken und Missstände im Asylbereich beheben.

Asylsystem braucht langfristige Akzeptanz

Das Asylgesetz ist im Grunde gut, die Anwendung durch das EJPD jedoch nicht. So weigert sich Italien seit Dezember 2022, das Dublin-Abkommen einzuhalten und Asylsuchende zurückzunehmen. Dem EJPD gelang es bisher nicht, die Situation zu deblockieren. Die Kantone sind die Leidtragenden, die Unterkünfte für Personen finden müssen, die eigentlich nach Italien zurück gehören. Deshalb fordert die FDP mittels Motion, dass die Schweiz Allianzen mit anderen Ländern bilden muss, um Druck auf Italien auszuüben. Problematisch ist ebenfalls, dass Asylsuchende nicht im ersten Aufnahmeland ein Gesuch stellen, sondern ein anderes bzw. besseres Zielland auswählen. Diese sekundäre Migration widerspricht dem Gesetz und muss

umgehend gestoppt werden. Die FDP wurde bereits mit einem Fraktionsvorstoss aktiv. Eritrea weigert sich seit Jahren, abgewiesene Asylsuchende aus der Schweiz zurückzunehmen. Weil diese in der Schweiz keinen Schutz benötigen, aber das Asylsystem stark belasten, fordert die FDP, dass der Bundesrat aktiv wird. Hierzu soll ein Pilotprojekt lanciert werden, um abgewiesene Eritreer in ein Drittland schicken zu können. Der Ständerat hat den dringenden Handlungsbedarf bereits erkannt und die FDP-Motion angenommen.

Personenfreizügigkeit mit Augenmass

Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten. Gerade auch, weil in den nächsten Jahren Hunderttausende Erwerbstätige aus der Babyboomer-Generation in den Ruhestand gehen. Aufgrund dessen fehlen uns bis 2040 eine halbe Million Arbeitskräfte. Diese Lücke lässt sich nicht ohne die Zuwanderung füllen. Unternehmen leiden schon heute unter einem gravierenden Fachkräftemangel, der mittlerweile eigentlich ein Arbeitskräftemangel ist. Dass die

«Die Schweiz braucht Zuwanderung und auch das inländische Arbeitskräftepotenzial, um ihr Niveau auf dem Arbeitsmarkt zu halten.»

SVP in dieser Situation gegen die Personenfreizügigkeit kämpft, ist zweckwidrig und unverständlich für die Schweizer Unternehmen und unser Wohlstand. Die SVP-Initiative ist nichts anderes als die Wiederholung der Kündigungsinitiative, die 2020 mit über 60 Prozent abgelehnt wurde. Statt gegen jegliche Zuwanderung zu sein und eine unhaltbare Angst vor Fremden zu schüren, setzt die FDP auf pointierte und konkrete Lösungsvorschläge. Die Individualbesteuerung und die Renteninitiative reduzieren den Zuwanderungsdruck, weil das inländische Arbeitskräftepotenzial besser ausgeschöpft wird. Damit die Infrastruktur mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, braucht es gezielten Ausbau auf der Strasse und auf der Schiene. In der Wohnbaupolitik braucht es schnellere Bewilligungen und weniger Vorschriften. Hier stehen insbesondere die links-grün regierten Städte in der Verantwortung.

Kantone nicht im Stich lassen

Vielerorts leiden Kantone und Gemeinden unter den steigenden Migrationszahlen. Ein Beispiel ist die Tessiner Grenzstadt Chiasso, wo Asylsuchende des nahen Bundesasylzentrums für Probleme und Kleinkriminalität sorgen. Das darf nicht sein. Die FDP fordert deshalb eine Taskforce Asyl, die die Zusammenarbeit und die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden verbessern soll. Zudem braucht es die Möglichkeit einer angeordneten Verlegung, wenn sich Asylsuchende ausserhalb der Bundesasylzentren nicht an die öffentliche Ordnung halten. Die FDP will ausserdem wissen, wie bestehende Asylunterkünfte besser genutzt werden können und welche Alternativlösungen in Betracht gezogen werden können. Das EJPD steht hier in der Pflicht, langfristige Strategien mit Einbezug der nötigen Organe zu entwickeln.

Humanitäre Tradition aufrechterhalten

Mit der Aufnahme von über 60 000 Ukraine-Flüchtlingen hat die Schweiz seit März 2022 einen Kraftakt vollbracht und das Asylsystem vor einer Überlastung verschont. Der Schutzstatus S wurde erstmals aktiviert und hat sich weitgehend bewährt. Die FDP setzt sich dafür ein, dass der Schutzstatus S weiterhin rückkehrorientiert ausgestaltet und gegebenenfalls angepasst wird. Ein wichtiges Instrument sind auch Migrationspartnerschaften. Die FDP fordert eine Neuausrichtung, weil Migrationspartnerschaften helfen, Migration und Rückführungen besser zu steuern. Auf europäischer Ebene laufen derzeit Bestrebungen, den Migrationspakt zu reformieren. Die FDP hat eine Reihe von Fragen an den Bundesrat gestellt und will wissen, wie Schweizer Anliegen dort eingebracht werden können.



Eine namhafte FDP-Delegation tauschte sich in Chiasso mit den Lokalbehörden aus.

Für eine starke Schweiz

Freisinnige bekennen Farbe

Die Schweiz lebt vom Engagement für die Gesellschaft. In einer grossangelegten Testimonial-Kampagne zeigen zahlreiche Freisinnige, wie sie die Schweiz stark machen – sei es im Beruf, in einem Ehrenamt oder anderswo. Die Auswahl zeigt, wie breit abgestützt die FDP in unserer Gesellschaft ist.





Bundesrätin Karin Keller-Sutter weiss um den Wert der Schuldenbremse. Fotos: Jannik Kaiser



Die doppelte Dividende der Schuldenbremse

Beitrag von Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Die Schuldenbremse wird 20 Jahre alt. Finanzministerin Karin Keller-Sutter blickt in die Vergangenheit und in die Zukunft und würdigt dieses wichtige Instrument der Schweizer Politik.

Als Finanzministerin bin ich meinem Vorvorgänger im Amt, Kaspar Villiger, zu Dank verpflichtet. Dafür, dass er in schlaflosen Nächten gute Ideen hatte. Und mir damit zu einer guten Freundin in meinem Amt verholfen hat: der Schuldenbremse.

Aber was ist eine politische Idee wert, wenn sie nicht von der Gesellschaft getragen wird? Darum bin ich auch der Schweizer Stimmbevölkerung dankbar. Sie hat der Schuldenbremse am 2. Dezember 2001 mit fast 85 Prozent zugestimmt – und ihr damit eine aussergewöhnlich hohe demokratische Legitimität erteilt. Neue Ideen lösen immer auch Ängste aus. So wurde vor 22 Jahren vor einem «diabolischen Instrument» gewarnt, als der Nationalrat die Schuldenbremse debattierte. Gesagt wurde auch, dass die Schuldenbremse wie ein Autopilot sei. Statt Bundesrat und Parlament Sorge nun eine technokratische Formel für die Budgetpolitik.

So einfach wie genial

Doch die Schuldenbremse entbindet weder die Finanzministerin noch Bundesrat und Parlament von der Arbeit. Im Gegenteil. Sie diskutieren Jahr für Jahr intensiv über die Ausgaben- und die Einnahmenpolitik des Staates. Das Parlament hat die Budgethoheit. Und es kann auch neue Ausgaben

beschliessen. Wenn wir aber neue Ausgaben beschliessen, müssen wir schauen, wie wir sie finanzieren können, ohne die Rechnung einfach den nachfolgenden Generationen zu hinterlassen. Und das ist natürlich der Clou der Schuldenbremse – er ist so einfach wie genial.

In der Debatte zur Schuldenbremse wurde damals auch die Befürchtung geäussert, dass sie zu einer Reduktion der Ausgaben führe und die Umverteilung gefährde. Auch diese Annahme lässt sich heute leicht widerlegen. Trotz Schuldenabbau sind die staatlichen Ausgaben in den letzten 20 Jahren von rund 50 Mrd. auf über 80 Mrd. gestiegen. Und sie werden übrigens auch im nächsten Jahr weiterwachsen. Es ist auch nicht so, dass die Schweiz ihre Investitionen vernachlässigt hätte. Die Investitionen haben in den letzten Jahren sogar stärker zugenommen als die Gesamtausgaben oder das Bruttoinlandprodukt.

Bewährungsprobe bestanden

Die Corona-Jahre waren eine wichtige Bewährungsprobe für die Schuldenbremse. Innert kürzester Zeit musste der Bundesrat den Leuten – vom Künstler bis zur Gewerblerin – unter die Arme greifen, weil sie als Folge der zwar nötigen, aber natürlich weitreichenden Eingriffe des Staates in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben

zum Teil in existenzielle Nöte gerieten. Allein im Jahr 2020 hat der Bund dafür zusätzliche Ausgaben von rund 15 Milliarden Franken getätigt, 2021 waren es noch einmal 14 Milliarden.

Und auch diesen Test hat die Schuldenbremse bestanden. Von Beginn an waren Mechanismen eingebaut, die dem Staat und der Politik eine gewisse Flexibilität erlauben. Wir waren daher auch in der Lage, die Ausgaben zu tätigen, die 2022 nötig wurden, nachdem Russland die Ukraine angegriffen hatte und Zehntausende ukrainische Menschen auch in der Schweiz Schutz suchten.

Ökonomen würden vielleicht von einer doppelten Dividende der Schuldenbremse sprechen. Sie sorgt erstens für eine nachhaltige Finanzpolitik und damit für Stabilität. Auch nach der Credit-Suisse-Krise und bevor die UBS im August auf die staatlichen Garantien verzichtete, bewerteten die Ratingagenturen die Kreditwürdigkeit der Schweiz weiterhin mit der Bestnote. Die zweite Dividende der Schuldenbremse ist ihr Beitrag an die staatliche Handlungsfähigkeit. Eine nachhaltige Finanzpolitik erlaubt es dem Staat, in der Krise schnell und wirkungsvoll zu handeln, ohne die Stabilität zu gefährden.

Wendepunkt naht

Wo stehen wir heute? Die Finanzplanung stellt uns vor Herausforderungen. Das liegt nicht daran, dass uns die Einnahmen wegschmelzen würden. Es liegt daran, dass wir mit einer Vielzahl neuer Ausgabenbegehren konfrontiert sind. Zum Teil sind sie eine Folge der jüngsten Krisen: Dazu ge-

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse.



«Ein neuer Ansatz»

Schuldenbremse dank Kaspar Villiger

«Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

hören die Pläne zur starken Erhöhung der Armeeaussgaben. Dazu gehören aber auch die künftigen Kosten für den Wiederaufbau der Ukraine, an den auch die Schweiz einen Beitrag leisten müssen. Als Folge der demografischen Alterung werden zudem die Ausgaben der AHV weiterhin stark steigen.

Es gibt aber auch Tendenzen in der nationalen Politik, kantonale Aufgaben zu zentralisieren. Ich denke an die Prämienverbilligungen und an die Subventionierung der Fremdbetreuung von Kindern. Alles wird man nicht finanzieren können, ohne Reformen anzupacken oder eben Prioritäten zu setzen und anderswo Abstriche zu machen.

Zumal wir vermutlich an einem Wendepunkt stehen. Heute können wir uns unsere Schulden gut leisten. Aber das kann sich schnell ändern. 2021 kosteten uns die Schulden des Bundes noch 760 Millionen Franken. Nächstes Jahr dürften es aufgrund der gestiegenen Zinsen bereits 1,5 Milliarden sein.

Ich halte nichts von Schwarzmalerei. Mich besorgt zwar die gegenwärtige Entwicklung der Weltwirtschaft. Die jüngsten Krisen haben mich aber zuversichtlich gestimmt, dass wir auch künftige Herausforderungen meistern können. Und gerade darum sollten wir das Erreichte nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

In diesem Sinne überlasse ich das letzte Wort dem Volksmund, der bekanntlich besagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not.»

Karin Keller-Sutter, Bundesrätin

Alt Bundesrat Kaspar Villiger gilt als Vater der Schuldenbremse. Er verantwortete als Finanzminister deren Einführung im Jahr 2003 und ist heute noch von der Wichtigkeit dieses Instruments überzeugt.

Wieso wurde die Schuldenbremse vor 20 Jahren nötig?

Ab Ende der 1980er-Jahre liess die Finanzdisziplin im Bundesrat und im Parlament nach. Innert sieben Jahren hat sich der Schuldenstand verdoppelt. Mir war klar, dass es einen neuen Ansatz braucht, nämlich einen Mechanismus, was passiert, wenn die Ausgaben aus dem Gleichgewicht geraten. Dank vereinten Kräften in meinem Departement gelang die Konstruktion der Schuldenbremse. Ich war froh, stimmte das Volk deutlich mit über 85 Prozent zu.

Was waren die Einwände gegen die Schuldenbremse?

Es gab Befürchtungen, dass die Schuldenbremse die Wirtschaftslage weiter verschlechtern könnte. Es geschah aber das Gegenteil, das Wachstum nahm zu. Ein anderer Einwand war, dass Infrastruktur verlottern. Aber auch das traf nicht ein, der Investitionsanteil blieb gleich gross.

Gibt es die Schuldenbremse in 20 Jahren immer noch?

Wenn das Volk die Schuldenbremse nicht mittels einer Abstimmung aus der Verfassung streicht, was ich nicht glaube, wird es die Schuldenbremse

auch in 20 Jahren noch geben. Hierzu noch etwas Wichtiges: Die Schuldenbremse will ja nicht die Staatstätigkeit erschweren oder jemandem ein berechtigtes Anliegen verwehren, sondern will, dass der Staat stabil und langfristig finanziert ist. Das ist wichtig für den Wirtschaftsstandort und die Investoren.

«Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.»

Die Schuldenbremse hat also auch in Zukunft ihre Berechtigung?

Gerade wenn wir wieder einmal eine Krise haben, brauchen wir Reserven, um diese Krise zu bekämpfen. Deshalb sage ich stets: Die Schuldenbremse ist ein wichtiger W.W.W.-Beschleuniger – nämlich Wachstum, Wohlstand und Widerstandsfähigkeit.

Interview: Julia Lüscher

Grosser Andrang am FDP-Shop. Fotos: Jannik Kaiser



1000 Freisinnige lancieren die heisse Phase des Wahlkampfes

Erfolgreicher Tag der FDP in Fribourg

Unser liberales Erfolgsmodell ist bedroht. Gegen diese Tendenz tritt die FDP mit einer Politik an, die anpackt und die richtigen Prioritäten setzt: innovative Wirtschaft, verlässliche Stromversorgung und sichere Renten. Der Tag der FDP in Fribourg unterstrich: Die FDP ist unverzichtbar als Motor für liberale Lösungen und den Wohlstand der Schweiz.



Die FDP ist bereit für einen intensiven Wahlkampf.



Die Foto-Box erfreute sich grosser Beliebtheit.



Die 150 anwesenden Kandidierenden waren mit personalisierten Hockeytrikots ausgerüstet.



Rund 1000 Freisinnige strömten in das Eishockeystadion von Fribourg-Gottéron.



Für Vizepräsidentin und Ständerätin Johanna Gapany war es ein Heimspiel.



Nationalrat Philippe Nantermod führte mit viel Elan durch den Vormittag.



Bundesrat Ignazio Cassis im Austausch mit Bundesrätin Karin Keller-Sutter, Fraktionspräsident Damien Cottier, Parteipräsident Thierry Burkart und Moderator Philippe Nantermod (von rechts).



Ständerat und Vizepräsident Andrea Caroni im Gespräch mit Vizepräsidentin Alessandra Gianella.



Vizepräsident und Nationalrat Andri Silberschmidt (rechts) sprach mit Matthias Müller, Präsident der Jungfreisinnigen, über die Notwendigkeit einer sicheren Altersvorsorge.



Parteipräsident Thierry Burkart betonte, dass die FDP für Aufbruch und nicht Stillstand steht.

Der lange wirtschaftliche Niedergang Europas bedroht uns

Ein Richtungswechsel tut not

Parteivizepräsident und Nationalrat zeigt auf, was der wirtschaftliche Kriechgang Europas für dramatische Auswirkungen hat. Die Schweiz muss sich aktiv dagegenstemmen, damit sie nicht in den gleichen Sog gerät.

«Die Europäer verarmen.» Dieser Titel des Artikels im «Wall Street Journal» vom 17. Juli ist nicht sehr ermutigend. Er sollte uns beunruhigen. Uns den Schlaf rauben. Aber niemand will der Realität in die Augen blicken. Die Zahlen sprechen für sich. Bis 2008 waren die Volkswirtschaften der Euro-Zone und der USA mit etwas mehr als 14 Billionen Dollar gleich gross. Fünfzehn Jahre später stagniert das europäische BIP. Das der USA ist auf über 25 Billionen Dollar gestiegen. Die Grössenordnungen mögen je nach Indikator etwas variieren, der Befund bleibt immer derselbe: Im vergangenen Jahrzehnt ist Europa buchstäblich aus den Fugen geraten. Die Schweiz, die sich rühmen konnte, weit über dem internationalen Durchschnitt zu liegen, geht leider den gleichen Weg wie die Euro-Zone und wird von den USA bedrängt. Wenn wir so weitermachen wie bisher, werden wir bis Ende des Jahrzehnts abgehängt sein. Was ist los mit uns?

Ein Sozialmodell, das überdacht werden muss

Liegt es am europäischen Sozialstaat, um den uns der Rest der Welt beneidet? Sicher ist, dass wir vor lauter Lob für seine unzähligen Vorzüge wohl vergessen haben, dass Wohlstand zuerst erarbeitet werden muss, bevor er verteilt werden kann. Und hier steht die Schweiz ihren Nachbarn in nichts nach. In der Berichtsperiode haben wir ein gutes Dutzend neuer Sozialversicherungen eingeführt oder bestehende ausgebaut. Die Sozialausgaben pro Kopf sind in dieser Zeit um ein Drittel gestiegen.

Ohne unser Sozialmodell demontieren zu wollen, ist die Maschinerie ins Stottern geraten. Bei jedem Problem findet sich ein wachsamer Geist, der darauf hinweist, dass das Leben in der Schweiz ohne diese oder jene zusätzliche Ausgabe unmöglich geworden ist. Wenn die Schweden, die Spanier oder die Österreicher einen Urlaub oder ein Sozial-

werk eingeführt haben, dann brauchen wir das auch. Und zwar sofort. Es ist, als lebten wir in einer Vision aus Émile Zolas Albträumen und warteten auf den nächsten Sozialurlaub. Und wenn Sie den Fehler machen, zu sagen, dass es bis jetzt nicht möglich war, den Vaterschaftsurlaub auszuweiten, oder dass es nicht lebenswichtig ist, überall Bindenspender aufzustellen, dann wird man Ihnen sagen, dass ein so reiches Land wie die Schweiz sich diese kleinen Dinge leisten kann. Die jüngsten Entwicklungen in unserer Wirtschaft zeigen, dass dies vielleicht nicht so selbstverständlich ist.

Aber es gibt nicht nur Urlaub, sondern auch Arbeit. In unserer Gesellschaft wird Teilzeitarbeit fetischisiert und die 45-Stunden-Woche als Relikt aus den schlimmsten Zeiten der Geschichte dargestellt. In den Medien wird regelmässig die 4-Tage-Woche propagiert, in Deutschland wird über ein Gesetz zur Einführung eines Rechts auf Siesta diskutiert und die Gewerkschaften fordern lautstark neue Ferienwochen. Können wir uns vorstellen, dass unsere Konkurrenten ernsthaft über das bedingungslose Grundeinkommen und das Recht auf Faulheit diskutieren? Vielleicht am ersten April. Wenn Europa und die Schweiz aufwachen wollen, müssen sie sich einen Ruck geben und die Arbeit wieder ins Zentrum ihrer Werte stellen.

Überregulierung ist ein Innovationskiller

Emma Marcegaglia, die ehemalige Präsidentin des italienischen Arbeitgeberverbandes Confindustria, hat einmal gesagt: Wenn eine Innovation kommt, machen die Amerikaner daraus ein Geschäft, die Chinesen kopieren und die Europäer regulieren. Wenn dieser Satz zum Lachen war, kann er uns heute zum Weinen bringen. Die Feststellung schreit zum Himmel. Wie viele Smartphones aus Europa gibt es? Wie viele europäische Einhörner im Bereich der erneuerbaren Energien? Wie viel KI-Software wird in Europa programmiert? Wer ist führend bei Elektrofahrzeugen, Raumfahrt und Streaming-Plattformen? Wer liegt in der Genforschung vorne? Wer treibt die Kern-



fusion voran? Die Liste liesse sich beliebig verlängern.

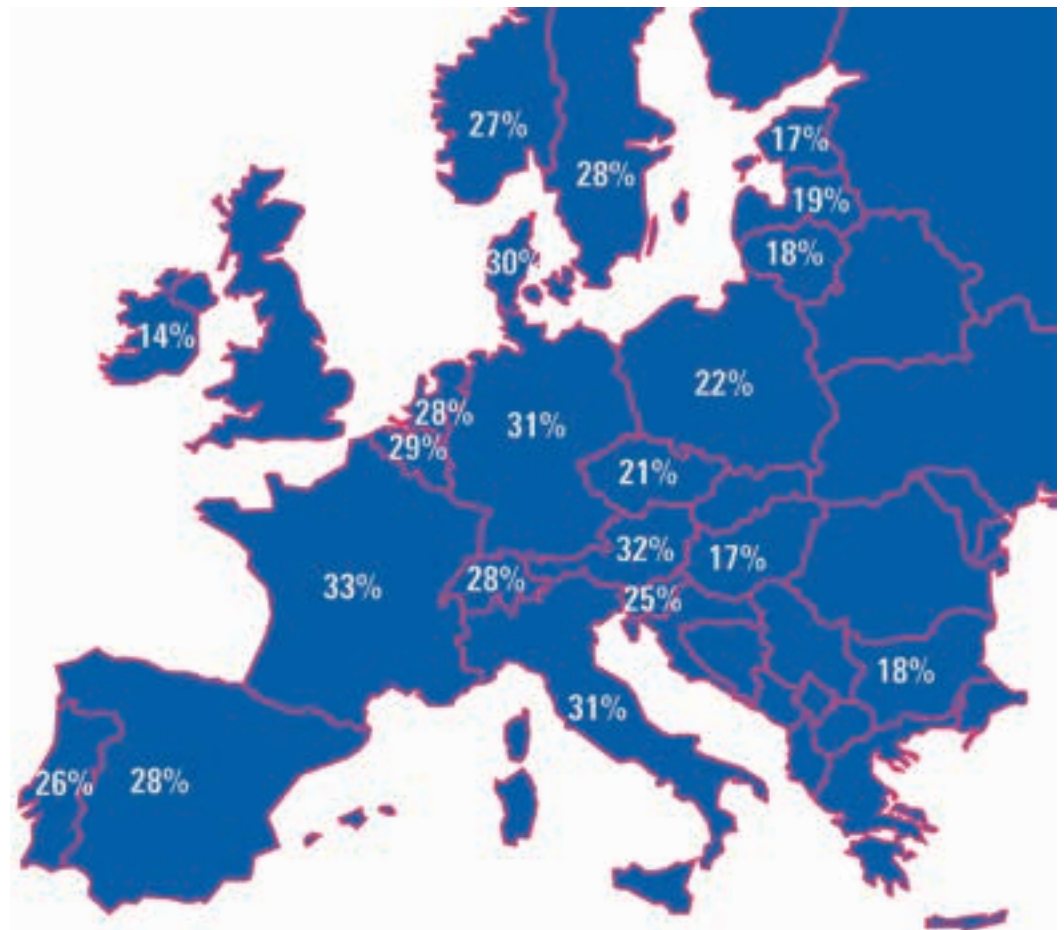
Und die Wahrheit ist leider erschreckend. Bei jeder dieser Innovationen standen die Europäer an vorderster Front, um unverdauliche Gesetze zu verabschieden, vom Datenschutz bis zum Verbot gentechnisch veränderter Organismen, so dass die Innovation nicht mehr auf dem alten Kontinent stattfindet (ausser bei der Erfindung von Steuern, da sind wir hervorragend). Über 5G wurde mehr wegen seiner esoterischen Mängel als wegen seines Fortschrittpotenzials gesprochen. Mit der Verabschiedung der berühmten Datenschutzgrundverordnung ist die Zahl der entwickelten Anwendungen eingebrochen. All dies, um Sie davor zu schützen, Ihre Daten freiwillig auf einem Kontinent preiszugeben, auf dem der Staat im Namen der Bekämpfung der Steuerhinterziehung ungehindert auf Ihre Bankkonten zugreifen kann.

Leider nimmt der Regulierungswahn kein Ende. Von der künstlichen Intelligenz bis zum selbstfahrenden Auto kämpfen die europäischen und schweizerischen Behörden gegen Windmühlen, während unsere Industrie verschwindet. Aufgrund des hohen Handelsvolumens mit der EU kopieren wir systematisch die Fehler Brüssels... Auch wenn es kaum anders geht, ist das Vorgehen beunruhigend.

Der schlimmste Kollateralschaden ist zweifellos an den Universitäten zu finden. Man könnte sich damit beruhigen, dass wir, wenn wir schon keine Geschäfte machen, wenigstens in der Grundlagenforschung erfolgreich sind. Doch weit gefehlt. Im «QS World University Ranking», das jährlich die besten Universitäten klassiert, fallen die Schweiz und Europa zurück. Die ETH bleibt zwar (noch) in den Top 10 und rettet die Ehre der Schweiz, aber man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht: Die erste europäische Universität, Paris PSL, liegt auf Platz 24, und unter den ersten 50 sind weniger als fünf Universitäten. Durch die Konzentration auf intersektionale Gender Studies und anderen post-modernen Hokuspokus haben unsere Hochschulen einige wichtige Wendepunkte in der Entwicklung der Menschheit verpasst.

Dramatische Folgen

Die Folgen dieser Entgleisung sind dramatisch. Viel mehr, als wir uns vorstellen können. Nein, Wirtschaftswachstum ist nicht dazu da, die Welt mit nutzlosem Plastikkrum zu überschwemmen. In den letzten zehn Jahren wurde das schrumpfende



Ausgaben für die soziale Wohlfahrt in Prozent des BIP im europäischen Vergleich.

Wachstum in der Schweiz vollständig von den Ausgaben für die Renten und das Gesundheitswesen aufgezehrt.

Wenn sich eine Wirtschaft auf ihren Lorbeeren ausruht, zahlen die Bürger den Preis. Das haben wir in den vergangenen Monaten gesehen. Die Widerstandsfähigkeit Europas gegen den Inflationsschock ist praktisch gleich null. Energie, Gesundheit, Lebensmittel und andere Kosten: Jede Preisbewegung stürzt Tausende von Menschen in Unsicherheit, manchmal sogar in Armut.

In den letzten 15 Jahren hat Europa einen Weg der Technokratie und der Selbstzufriedenheit eingeschlagen, der in den Untergang führen kann. Die Schweiz wird leider von ihrem Nachbarn auf diesen Irrweg gezwungen. Der Weg aus der Sackgasse wird nicht einfach sein. Wir müssen unsere Denkweise ändern. Steuersenkungen, Deregulierung, Privatisierung sind unumgänglich. Grosse Worte, die auf dieser Seite des Atlantiks so beunruhigend klingen.

In der kommenden Legislaturperiode ist es an der Zeit, den Kurs zu korrigieren und zu den Grundlagen zurückzukehren, die unseren Reichtum ausmachen: Freiheit und Eigenverantwortung.

Und sich für ein paar Jahre eine Pause von neuen Regulierungen und dem Ausbau des Sozialstaates zu gönnen. Nicht weil wir das nicht wollen, sondern weil wir es uns nicht leisten können.



Philippe Nantermod,
Parteivizepräsident und Nationalrat VS

Dieser Blog ist eine Übersetzung der Kolumne, die auf Französisch im «Blick» erschienen ist.

Während der Herbstsession finden auch die Feierlichkeiten rund um das 175-Jahr-Jubiläum der Bundesverfassung statt. Foto: Jannik Kaiser.



Krankenkassenprämien, Wasserkraftwerke und weniger Treibhausgasemissionen in der Schweiz. Das sind die Themen der Herbstsession.

Das war's. Zumindest fast. Die laut abtretendem Bundeskanzler Walter Thurnherr «schlimmste Legislatur» geht in die Schlussphase. Das Parlament hat die Corona-Pandemie gemeistert, erlebt einen Krieg in Europa, muss dringend Lösungen für die Energiekrise finden und wird sich in neuer Zusammensetzung mit den Folgen der Credit-Suisse-Übernahme herumschlagen müssen.

Aber auch ganz handfeste Anliegen stehen derzeit im Vordergrund. Eine der wichtigsten gesundheitspolitischen Massnahmen der vergangenen Jahre kommt in den Rat. Vier Buchstaben stehen hier für eine Revolution EFAS. Hinter der etwas technisch klingenden Vorlage der einheitlichen Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen verbirgt sich nichts weniger als die Abschaffung einer der grössten Fehlanreize in unserem Gesundheitssystem.

Vorteil EFAS

Das Gesetz schreibt heute vor, dass die Kantone mehr als die Hälfte der Kosten übernehmen, wenn eine Person nach einem Eingriff mindestens eine Nacht im Spital bleibt – also stationär behandelt

wird. Geht eine Person nach einem Eingriff direkt nach Hause, spricht man von einer ambulanten Behandlung und die Kosten werden vollumfänglich von der Krankenkasse übernommen. Eine Verlagerung von stationär nach ambulant ist aus mehreren Gründen wünschenswert: Bei gleicher oder teils höherer Qualität kosten ambulante Eingriffe deutlich weniger und für den Patienten ist es auch angenehmer, weil er nicht länger als nötig im Spital bleiben muss. Patienten profitieren zudem vom Umstand, dass die Gefahr einer Infektion zu Hause viel geringer ist und die Pflegenden werden entlastet. Die «Ambulantisierung» wird heute leider verschleppt, weil die eigentlich sinnvolle Verlagerung ausschliesslich bei den Prämienzahlenden einschenkt. Künftig – dank EFAS – sollen ausschliesslich medizinische Gründe massgebend dafür sein, ob eine Person ambulant oder stationär behandelt wird.

Mehr als eine homöopathische Wirkung wird auch vom Mantelerlass erwartet. Dieses Mammutgesetz wird, wenn alles nach Plan läuft, in der Herbstsession zu Ende beraten. Dank dieser Vorlage können 15 Wasserkraftprojekte endlich im

Schnellzugstempo gebaut und weitere energiepolitische Weichen gestellt werden, damit in der Schweiz endlich mehr Strom produziert werden kann.

FDP wählen – Bundeshausfraktion stärken

Als Ausblick auf das kommende Jahr beginnt der Ständerat bereits mit der Beratung des CO₂-Gesetzes. Die Neuauflage der beim letzten Mal am Volk gescheiterten Vorlage verzichtet auf die ganz grossen Würfe und orientiert sich am Machbaren. Dennoch setzt sie klare Ziele und will die Treibhausgasemissionen in der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbieren. Hier zeigt sich, dass realistische Klimapolitik auch ohne Klebstoff möglich ist. Über Details lässt sich aber auch nach der schlechtesten Legislaturperiode noch munter streiten.

Weil die FDP dies besonders gut kann und der Schweiz den Weg in eine liberale Richtung weisen kann, ist es wichtig, dass Sie am 22. Oktober mithelfen, die Fraktion im Bundeshaus zu vergrössern. Ihre Stimme ist entscheidend, damit die Liberalen nicht nur für Aufsehen sorgen, sondern mit ihren Vorschlägen auf der Gewinnerseite stehen.

Christian Steiner, Fraktionssekretär

KOLUMNE

Mit «à la carte» anstatt «all you can eat» gegen den Prämienschock

Im Oktober wird SP-Bundesrat Alain Berset wieder bekanntgeben, um wie viel die Krankenkassenprämien steigen werden. Nachdem die Prämien bereits im vergangenen Jahr im Schnitt um 6,6 Prozent gestiegen sind, wird manchen Kassen für diesen Herbst ein Anstieg von bis zu 10 Prozent vorausgesagt. Das belastet den Mittelstand, der nicht von Prämienverbilligungen profitiert, immer stärker!

Um diesen zu entlasten und die Prämienlast ohne Qualitätseinbusse zu senken, lancierten wir im Juli die Idee eines «Budget-Versicherungsmodells». In der heutigen obligatorischen Grundversicherung gilt ein «all you can eat»-System: Man bezahlt einen Fixpreis, darf dafür alles konsumieren. Es gibt immer mehr Menschen, die dies gar nicht wollen. Für diese wollen wir eine Alternative schaffen: ein Menü «à la carte».



Konkret wollen wir, dass alle Personen die Möglichkeit haben, durch bewusste Entscheidungen ihre Krankenkassenprämien massiv zu reduzieren. Denkbar wären zum Beispiel eine Generika-Pflicht bei gewissen Medikamenten, eine höhere Franchise, ein Obligatorium zur Nutzung des

elektronischen Patientendossiers, ein Verzicht auf Homöopathie oder der Abschluss von Mehrjahresverträgen.

Solche sind in den heutigen alternativen Versicherungsmodellen verboten. Gerade für chronisch kranke Menschen oder Leute mit mehreren Krankheiten wäre es jedoch von Vorteil, wenn Versicherer in ihre Gesundheit investierten und dafür einen Anreiz in Form von Mehrjahresverträgen hätten.

Ich bin davon überzeugt: Mit einem «Budget-Versicherungsmodell» fielen die Gesundheitskosten bei gleichbleibender Qualität tiefer aus.

Andri Silberschmidt
Parteivizepräsident und Nationalrat ZH

Einladung zum Fachreferat



Peter Regli

Der ehem. Chef des Schweizer Nachrichtendienstes, Dipl. Masch.-Ing. ETH, Divisio-när a.D., Delegierter der FDP Schweiz, spricht zum Thema

Die Ukraine, Putin und Xi – wie weiter?

> Mittwoch, 18. Oktober 2023, in Bern, Kaserne, Auditorium, Papiermühlestrasse 13 + 15, 3000 Bern 22

(im Navigationssystem eingeben: Kasernenstrasse 27) oder per ÖV mit Tram Nr. 9 ab Bahnhof Bern bis Breitenrain, dann 300 m zu Fuss, via Herzogstrasse

> Papiermühlestrasse bis zur Kaserne.

> Beginn: 18.45 Uhr, Apéro
19.30 Uhr, Referat

Eintritt frei, keine Anmeldung notwendig.

Delegiertenversammlungen 2024

Jetzt vormerken

Samstag, 20. Januar 2024

Samstag, 22. Juni 2024

Samstag, 19. Oktober 2024

**Wir machen
die Schweiz stark!**





JEDERZEIT
STRÖM

BLACKOUT STOPPEN

— JETZT —
UNTERSCHREIBEN!

blackout-stoppen.ch

